

So sieht's die CDH

CDH für sachgerechte Lösungen

Es ist haarsträubend, was in diesem Spätsommer in den Zeitungen zu lesen war. Da wurde vom Bundeskabinett verabschiedet, den Solidaritätszuschlag bei allen Steuerpflichtigen ein Jahr über das Ende des Solidarpakts II zur finanziellen Unterstützung der neuen Bundesländer hinaus weiter zu kassieren und den „Soli“ für ungefähr 10 Prozent der Steuerpflichtigen – darunter die meisten Unternehmen und Unternehmer ad infinitum zu erheben. Da ist es ein schwacher Trost, wenn für knapp Zweidrittel der ab 2021 verbleibenden Soli-Zahler dessen Höhe gesenkt wird. Passend dazu träumt die SPD von der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. Wozu eigentlich?

Um die Wünsche verteilungswütiger (wahlkämpfender) Politiker zu erfüllen? Notfalls müsse die „schwarze Null“ aufgegeben werden, war zu lesen. Zwar ist richtig, dass es noch nie günstiger war, sich zu verschulden. Es wird aber übersehen, dass die gesetzliche Schuldenbremse durchaus neue Schulden zulässt, nur begrenzt sie diese sinnvollerweise. Damit und mit den immer noch sprudelnden Steuereinnahmen ist genug Geld für die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur vorhanden. Für Verkehrswege, das Mobilfunknetz, schnelles Internet und Schulen. Und wenn es wirklich nicht reicht, was eher unwahrscheinlich ist, muss an weniger wichtigen Stellen gespart werden. Denn wer die Schuldenbremse aufgibt, geht für die Zukunft enorme Haushaltsrisiken ein. Also Finger weg von der gesetzlichen Schuldenbremse!

Das Klima lässt sich natürlich nur mit dem Griff ins Portemonnaie der Bürger über eine neue CO₂-Steuer retten. Würde man die derzeitige Belastung von Autokraftstoff aber einmal auf die emittierte CO₂-Menge bei dessen Verbrennung umrechnen, liegen wir jetzt schon bei etwa 270 bis 280 Euro pro Tonne. Das ist weit mehr als der von Experten empfohlene Preis von 50 Euro pro Tonne emittiertes CO₂. Also Finger weg von den Kraftstoffpreisen! Was Ökologie und Ökonomie besser in Einklang bringen könnte, wäre dagegen eine Ausweitung des Handels mit Emissionsrechten.

Die Linke propagierte sogar einen Mietendeckel als Mittel gegen knappheitsbedingte Mietpreissteigerungen. Der Sozialismus lässt grüßen. Aber die Wohnungsknappheit in prosperierenden Ballungsräumen geht davon nicht weg, nur die Bausubstanz leidet, wie die Wohnungswirtschaft in der ehemaligen DDR eindrucksvoll bewiesen hat. Also Finger weg von staatlichen Mietpreisregelungen! Hilfreich wäre dagegen die zügige Ausweisung von mehr Bauland, schnellere Genehmigungsverfahren und die Abschaffung unnötiger Baustandards, die das Bauen in Deutschland unnötig verteuern.